

SCHRIFTLICHE ANFRAGE P-1172/03  
von Rolf Linkohr (PSE)  
an die Kommission

Betrifft: EU-Bürgerberatung in den Mitgliedstaaten

Um den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu geben, sich in konkreten europarechtlichen Fragen beraten zu lassen, hat die EU das sogenannte Eurojus-Netzwerk (mit Bürgerberatungsstellen in den einzelnen Mitgliedstaaten) gegründet. Dieses Angebot wurde sehr gut angenommen. In den Infobroschüren der Europäischen Union wird explizit auf diese Bürgerberatungsstellen hingewiesen. Ungeachtet dieser positiven Bilanz wurden in manchen Mitgliedstaaten Büros nicht besetzt oder – wie in Deutschland – Büros zum wiederholten Male für einen Zeitraum von mehreren Monaten aufgrund verwaltungstechnischer Schwierigkeiten in der Kommission geschlossen. Das hat bei Bürgerinnen und Bürgern bereits zu großem Unmut geführt.

1. Bestätigt die Kommission diesen Sachverhalt?
2. Wenn ja, wie erklärt sie diese verwaltungsinternen Schwierigkeiten?
3. Was gedenkt die Kommission zu unternehmen, um diesen – schließlich öffentlich bekannt gemachten - Service in Zukunft dauerhaft zu gewährleisten?